

Nein, ich bin dagegen ... Nein/Ja...

Grafenstein/ Klagenfurt-Land

Pleschiutschnig, Arno – SPÖ

Hallo,

ich habe nicht die Absicht, die Fragen zu beantworten, weil man a) solche komplexen Themenbereiche nicht mit JA oder NEIN beantworten kann, und außerdem betrachte ich b) Kindergärten nicht als „Betreuungseinrichtungen“ sondern als Bildungseinrichtungen.

Klagenfurt

Wulz, Andrea – Die Grünen

Grundsätzlich bin ich natürlich für „echte Wahlfreiheit für Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder“, halte diese Forderung aber für lebensfern, denn: Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Realität ist eine andere! Heute wird jede 2. Ehe geschieden und es gibt viele Alleinerziehende, die tagtäglich um das wirtschaftliche Überleben kämpfen. Ein-Eltern-Haushalte, was vorwiegend alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern sind, haben in der Regel keine Wahl. Sie arbeiten Vollzeit, um sich und ihre Kinder zu ernähren. Weiters wissen wir, dass gerade Alleinerzieherinnen, Alleinlebende (Singles) und Frauen, die sich in (oft schlecht bezahlten) Teilzeitjobs befinden, ein höheres Armutsrisiko tragen. Auch Kinderarmut ist ein großes Thema. Frauen sind in allen Altersgruppen, vor allem aber im Pensionsalter, stärker von Armut bedroht als Männer. Bei den Vollzeit-Erwerbstätigen ist die Armutsgefährdung hingegen am geringsten – das ist die gesellschaftliche Realität! Das Thema Kinderbetreuung ist ganz eng mit dem Thema Gleichberechtigung der Frau verbunden: Nach wie vor ist es so, dass Frauen weitaus öfter als Männer in Karenz gehen, den „Löwenanteil“ der Kinderbetreuung übernehmen und damit berufliche und finanzielle Nachteile in Kauf nehmen (müssen).

Die Forderung, Kinderbetreuung innerhalb der Familie und die Betreuung in einer Institution finanziell gleich zu behandeln, impliziert eine Renaissance der klassischen Rollenverteilung: der Mann am Arbeitsmarkt, die Frau als Hausfrau und Vollzeitmutter. Frauen sollen also verzichten – auf Beruf, Karriere und langfristige finanzielle Absicherung. Bei dieser Diskussion wird ausgeklammert, dass Frauen heutzutage so gut ausgebildet sind wie nie zuvor. Auch die Wirtschaft kann auf die Fähigkeiten von Frauen an der Spitze nicht mehr verzichten. Leider verdienen Frauen nach wie vor weniger als Männer und haben schlechtere Aufstiegschancen, sie verzichten aber nicht freiwillig auf Spitzenpositionen! Fehlende Rahmenbedingungen, fehlende Förderung und mangelndes gesellschaftliches Bewusstsein hindern sie daran, nach oben zu kommen – das ist wissenschaftlich belegt und da gilt es, anzusetzen. Sonst wird die Geburtenrate weiter sinken! Die Politik ist also aufgerufen, das bestehende Betreuungsangebot für Kinder quantitativ und qualitativ auszubauen und zu verbessern. Wichtig ist es, den Eltern bei der Auswahl ihrer Kinderbetreuungseinrichtungen echte Wahlfreiheit zu bieten und den Familien so die Möglichkeit geben, aus jenen Angeboten zu wählen, die ihren Bedürfnissen am besten entsprechen. Ganz wichtig ist auch das Einbeziehen der Männer: Väter von heute wollen und sollen sich aktiv in die Betreuung ihrer Kinder einbringen. Auch hier findet ein gesellschaftlicher Wandel statt, dem von politischer und wirtschaftlicher Seite Rechnung zu tragen ist.

Dellach an der Gail/ Hermagor

Ploner, Christine- SPÖ

Kinder sollen um möglichst gleiche Startbedingungen ins Leben zu haben und von Profisionisten betreut werden.
Vaeterbetreuung Kinderbetreuungseinrichtungen unterstützen auch die Gleichstellung der Frauen. Eine politische Weichenstellung wäre es wenn der finanzielle Anreiz für Kinder in gegeben würde.

Gurk/ St.Veit an der Glan

Josef Maierhofer - Die Grünen, Gurk

Man muss alles durchdenken und zu Ende denken. Welche Auswirkungen hat was? Welche Signale werden gesendet? Ich bin eher gegen eine finanzielle Auszahlung für die Kinderbetreuung in der Familie weil:

Kinder sollen keine finanzielle Anlage sein sondern ein Herzenswunsch der Eltern, das Leben zusammen zu genießen.

Ich bin dafür, dass finanzielle Mittel zum Wohle der Kinder in Kulturelle Angebote oder zur Förderungen der Teilnahme an Sportaktivitäten, an Reisemöglichkeiten, an Herzensbildung und überhaupt an allem, was Kindern Spaß macht, eingesetzt werden sollen.

Die derzeitigen Institutionen für Kinderbetreuung können noch mehr unterstützt werden um unsere Kinder als Ergänzung in der Familie glücklich aufwachsen zu lassen.

Klagenfurt

Frey, Frank - Die Grünen

Aus meiner Sicht wäre es zum derzeitigen Zeitpunkt nicht zielführend, Geld aus der Kinderbetreuung herauszuziehen.

Im Gegenteil - es sollte mehr Geld in den Ausbau sowie in die Qualität der Kinderbetreuung investiert werden.

Zusätzlich sollten Anreizsysteme für Unternehmen geschaffen werden, welche Aktionen setzen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern (Jobsharing, Homeoffice, Betriebskindergärten, etc.)

Maria Wörth/ Klagenfurt-Land

Neureiter, Doris - Die Grünen

Ein verlockendes Angebot: ich bekomme eine E-Mail mit der Frage, ob ich 850 € monatlich vom Staat bekommen möchte.

Meine intuitive Antwort: Ja, natürlich! Ich bin selbst betroffen. Ich habe eine 3 jährige Tochter und ich verfüge weder über einen Kinderbetreuungsplatz (Unser Kindergarten ist voll!), noch verfüge ich über die von Ihnen in Aussicht gestellten 850 € monatlich als Belohnung für den Drahtseilakt, den mein Mann und ich jeden Tag vollführen.

Bei genauerer Überlegung bin ich jedoch der Meinung, dass es nicht die Lösung sein kann, Geld aus dem Kinderbetreuungssystem herauszuziehen.

Im Gegenteil: die Kinderbetreuung müsste uns viel mehr Wert sein! Ich setze mich für eine qualitativ hochwertigere Kinderbetreuung mit niedrigerem Betreuungsschlüssel und besserer Bezahlung der

BetreuerInnen ein. Es sollte einen garantierten Platz für alle ab 3 Jahren geben und der muss kostenlos sein.

Weiters sollte der Staat Anreizsysteme für die Unternehmen schaffen, die Möglichkeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten (Teleworking, Jobsharing, Betriebskindergärten, etc.).

Also - mehr Geld in Kindergarten und Bildung. Denn: Kinder kosten Geld. Keine Kinder kosten die Zukunft.

Herzlichst,

Spittal an der Drau

Unterrieder, Andreas – SPÖ

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gerne beantworte ich die von ihnen gestellte Fragestellung. Meine Antwortoption lautet:

Die Familie ist und bleibt ein unverzichtbares Fundament der Gesellschaft. Sie gibt den Kindern Geborgenheit und Halt. Da aber eine Betreuung innerhalb der Familie nicht mit einer Betreuung durch eine Institution gleichgesetzt werden kann und eine pädagogische Ausbildung seitens der BetreuerInnen vorliegt, kann sie auch finanziell nicht gleich behandelt werden. Außerfamiliäre Betreuung soll Kinder individuell fördern, Kinder können im Kontakt mit Gleichaltrigen gemeinsam neue Wege entdecken, und das Betreuungsangebot soll an Bedürfnisse von Kindern und deren Eltern gleichermaßen angepasst sein. Weiters besteht die Möglichkeit in einer Institution auf die Situation eines jeden Kindes einzugehen, egal aus welchen Lebensverhältnissen das Kind stammt um dadurch die besten Lern- und Entwicklungschancen eines jeden Kindes zu gewährleisten.

Bei Veröffentlichung erwarte ich mir natürlich eine vollständige Wiedergabe der Begründung.
Mit freundlichen Grüßen,

Treffen/ Villach-Land

Seymann, Chrisof – SPÖ

Sg KFV Mitglieder

Alle Menschen nehmen Geld, wenn es ihnen angeboten wird. So sind wir nun einmal gestrickt. Noch dazu wenn es sich um eine relativ hohe Summe handelt. Denn Sozialhnderter von Landesfürsten hatten wir ja auch schon – Sozialpolitik sieht für mich anders aus als Geld zu verteilen

Insoferne ist die Fragestellung eine manipulative, welche die weiteren Lebensumstände von vielen nicht berücksichtigt.

Es gibt nun einmal die Familie mit 3 bis 4 Kindern, wo alles so heil ist, wie wir uns das vorstellen, nicht so oft.

Als Obmann des Sozialausschusses der Gemeinde Treffen kann ich nur feststellen, dass in unserer Gemeinde die Kinderbetreuung auf hohem Niveau organisiert ist und von vielen Eltern und Kinder in Anspruch genommen wird. Beginnend bei der Früherziehung über den Kindergarten und der schulischen Nachmittagsbetreuung.

DI Christof Seymann

Vilach

Sabina Schautzer - Die Grünen

Ein Ziel der Grünen ist es das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen weiter auszubauen, daher erachten wir es auch als Zukunftsorientierter das auch weiterhin an die Einrichtungen direkt weiterzugeben.

Der Wunsch von Familien nach einer höheren geldlichen Abgeltung der Kinderbetreuung ist unter den oftmals unzureichenden Angeboten an Kinderbetreuung verständlich, jedoch sprechen viele Gründe für eine Fortsetzung dieser Politik.

Zum einen ist leider immer noch so, dass ein Großteil der Betreuungspflichten gerade von Kleinkindern durch Frauen übernommen wird. Diese scheiden dafür eine Zeitlang aus dem Beruf aus und verzichten damit auch auf Aufstiegschancen. Bereits jetzt wird der Wiederstieg nach der Karenz den Frauen, oftmals nicht leicht gemacht und die aktuellen Rahmenbedingungen, wie Platzmangel, Öffnungszeiten oder Schließzeiten in den Sommermonaten, helfen den Frauen auch nicht wieder Fuß im Beruf zu fassen.

Eine direkte Auszahlung der Kinderbetreuungskosten an die Familien hätte jedoch den Nachteil, dass das Angebot an Betreuungsplätzen weiter sinken würde, da es kaum noch Einrichtungen der Städte geben würde und die Familien damit auch private Einrichtungen angewiesen wären, wobei dann die Kosten wesentlich höher liegen als jetzt und sehr wahrscheinlich auch die 850 € übersteigen werden. Dies würde den Wiedereinstieg weiter erschweren. Auch könnten weniger Väter in Karenz gehen, da diese oftmals da höhere Einkommen beziehen und aus verständlichen finanziellen Überlegungen, sich gegen eine Karenzzeit entscheiden. Was einer Entscheidungsfreiheit eindeutig entgegensteht.

In Zeiten, wo es immer mehr Einzelkinderfamilien gibt, ist der soziale Kontakt mit anderen Kindern für die Entwicklung enorm wichtig.

Ein Blick nach Frankreich zeigt, dass Investitionen direkt in Kinderbetreuungseinrichtungen, die Schaffung von flexiblen Rahmenbedingungen die sich nach den Bedürfnissen der Familien richten und ein Gratis- bzw. günstiger Kinderbetreuungsplatz vielen Familien die Entscheidung für ein Kind oder mehr erleichtert und sich deutlich mehr für ein Kind entscheiden.

Lurnfeld/ Spittal an der Drau

Podesser, Lorenz – ÖVP Lurnfeld

Grundsätzlich bin ich sicher für die Wahlfreiheit der Eltern, sollte eine Familie jedoch z.B. drei Kindergartenkinder haben, erscheint es mir unrealistisch, 2.500 € netto auszusahlen. Die Auszahlung des Geldes würde zu einer geringeren Auslastung der kleinen Gemeindekindergärten führen, wodurch diese schwieriger erhalten werden können. Diese kleinen Gemeindekindergärten sind bereits jetzt kaum in der Lage, die gewünschte Flexibilität bei den Öffnungszeiten und der Kinderversorgung zu bieten. Deshalb sind neue Strategien durchaus gefragt. Ich schlage vor, anstelle der Gemeindekindergärten an verkehrstechnisch günstigen Standorten größere "Zentralkindergärten", zu schaffen, bei denen ohne Anmeldung die Kinder jederzeit gebracht oder abgeholt werden können. Die Abrechnung könnte mittels Steckkartensystem erfolgen, durch die günstige Lage sollten genug Kinder das Angebot nutzen, sodass jederzeit passende Gruppen gebildet werden können. Dieses System stellt sicher größere Abforderungen an die Organisation des Ablaufes, dies zu bewerkstelligen sollten wir uns jedoch durchaus zutrauen. Wenn auch Kindergärten flexible Betreuung anbieten würden, wird es für die Eltern leichter, ihre Kinder mehr als bisher selbst zu betreuen und gleichzeitig den Kindern auch ausreichend Kontakt zu anderen Kindern zu ermöglichen. In Bezug auf Ihre Frage würde das bedeuten, dass den Eltern ein höheres Kindergeld als derzeit zugestanden wird, die Nutzung der Kindergärten jedoch teurer käme als bisher. Möglicherweise müsste eine Mindestanwesenheitszeit festgelegt werden. Grundsätzlich wäre ein solches System wünschenswert.

Mit besten Grüßen:

Lorenz Podesser, Marktgemeinde Lurnfeld, ÖVP